

5. Schluss: Begegnungen in Zeiten des ‚Friedens‘

Wie immer in diesem Krieg der großen Geheimnisse blieben am Ende alle Fragen offen. Allerdings bestätigte die Enthüllung einmal mehr, wie sehr sich die Geschichte dieses Krieges in einem fort wiederholt, ohne jemals an irgendein Ziel zu gelangen. Sie kehrt lediglich mit stets neuem Elan und unter jedesmal dramatischeren Umständen wieder.

(García Márquez 2000b, 325)

Ich habe im zweiten Kapitel die historische Entwicklung des ‚lokalen Staates‘ in der Region Urabá nachgezeichnet und die Frage diskutiert, a) wie staatliche Institutionen in einer solchen Konfliktregion präsent sind. Im dritten Kapitel habe ich die Entstehung, Funktion und Entwicklung der Friedensgemeinde San José de Apartadós dargestellt und die Frage diskutiert, b) welche Handlungsmöglichkeiten Zivilpersonen in einer solchen Konfliktregion haben. Im vierten Kapitel habe ich ausgewählte Begegnungen zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und unterschiedlichen staatlichen Institutionen beschrieben und diskutiert, c) wie sich die Friedensgemeinde und die staatlichen Institutionen in diesen Begegnungen selbst und gegenseitig konstituieren, wie sie diese Begegnungen gestalten und welche sozialen Lebenswelten sie in diesen Begegnungen produzieren. In dem vorliegenden Schlusskapitel werde ich zunächst einen Ausblick auf diese Begegnungen in Zeiten eines formalen Friedens geben, indem ich die Begegnungen zwischen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen im Kontext der abgeschlossenen Friedensverhandlungen und des aktuellen Friedensprozesses in Kolumbien beschreibe (5.1). Abschließend werde ich die Ergebnisse dieser Arbeit zusammenfassen und diskutieren, was sich aus einer solchen ‚Ethnographie der Begegnungen‘ sowohl über die Präsenz staatlicher Institutionen in den Konfliktregionen Kolumbiens als auch für eine anthropologische Staatlichkeits- bzw. Friedensforschung lernen lässt (5.2).

5.1. Zum Erleben des ‚Friedens‘: Ein Ausblick

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla FARC im November 2016 ist sicherlich eines der bedeutendsten Ereignisse in der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Die Hoffnung, dass diese Vertragsunterzeichnung eine Zäsur in der qualvollen Geschichte der politischen Gewalt in Kolumbien darstellen könnte und zu einem friedlicheren Zusammenleben der kolumbianischen Gesellschaft führen würde, war unter Kolumbianer_innen und Nicht-Kolumbianer_innen gleichermaßen hoch. Dabei ist diese Hoffnung in Anbetracht der vergangenen Friedensverhandlungen zwischen kolumbianischen Regierungen und illegalen bewaffneten Gruppen nicht unbedingt zu rechtfertigen – sogar, wenn man die gescheiterten außen vorlässt (Vgl. bspw. Chernick 2009; Nasi 2009). Zwar hatten die erfolgreichen Verhandlungen Anfang der 1990 Jahre, die zur Demobilisierung mehrerer Guerillabewegungen führten, und die Verhandlungen, die Mitte der 2000er Jahre die Teil-Demobilisierung paramilitärischer Gruppen zur Folge hatte, durchaus positive Effekte auf die Politik und Gesellschaft Kolumbiens, wie bspw. die Reform der Verfassung, das Aufbrechen des traditionellen Zwei-Parteien-Systems oder die Entwicklung einer starken zivilgesellschaftlichen Friedensbewegung. Aber sie reduzierten nicht die politische Gewalt in den Konfliktregionen Kolumbiens.

Anhand der Region Urabá lässt sich beispielhaft nachvollziehen, dass die erfolgreichen Verhandlungen der Vergangenheit die regionalen Konfliktdynamiken zwar verändert haben, aber von einem friedlicheren Zusammenleben keine Rede sein kann. So haben sich beispielsweise, und wie im Kapitel 2.2 beschrieben, die Ex-Guerillera-Kämpfer_innen der EPL auf Grund fehlender Sicherheitsgarantien nach ihrer Demobilisierung Anfang der 1990er Jahre in den Dienst paramilitärischer Gruppen gestellt, was zu einer Intensivierung der politischen Gewalt zwischen der Guerilla FARC und den Paramilitärs sowie gegen die Zivilbevölkerung in der Region geführt hat. Den Bewohner_innen der Friedensgemeinde sind die damaligen Entwicklungen noch in guter Erinnerung:

Die Demobilisierung der Guerilla EPL in den 90er Jahren war einer der Faktoren, der hier am meisten Gewalt generierte. Das macht uns manchmal Sorgen, dass diese Demobilisierungen und Friedensverhandlungen, sei es mit der Guerilla oder den Paramilitärs, am Ende vielleicht nur noch mehr Gewalt generieren. Das sehen wir sehr deutlich. Was wir damals erleben mussten, mit der Demobilisierung der Guerilla EPL im Jahr 1992, war die Verschärfung der Situation hier im Urabá. Auch diese Guerilla demobilisierte sich auf der Suche nach Frieden und dem Wunsch, sich dem zivilen Leben anzuschließen. Aber am Ende schlossen sie sich den Paramilitärs an, den Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá, als Álvaro Uribe gerade Gouverneur von Antioquia war. Nach dieser Demobilisierung begannen wir einen sehr blutigen Krieg gegen die Bauern dieser Region zu erleben. (G.G., 14.05.2015, San José de Apartadó)

Der nächste Demobilisierungsprozess, den die Region und das Land erlebte, war der der paramilitärischen Gruppen zwischen den Jahren 2002 und 2006. Entgegen der Behauptung der Mehrheit der staatlichen Institutionen Kolumbiens handelte es sich hierbei de facto um eine Teil-Demobilisierung, wobei der nicht-demobilisierte Teil der Paramili-

tärs weiterhin in der Region des Urabás unter dem Namen ‚Autodefensas Gaitanistas de Colombia‘ (AGC) aktiv ist, was die lokale, regionale und nationale Regierung allerdings in der Regel bestreitet und so zur Unsichtbarmachung eines Gewaltakteurs und seiner Verbrechen in der Region beiträgt.

Für die Bewohner_innen der Serranía de Abibe und der Friedensgemeinde ist der Friedensvertrag aus dem Jahr 2016 aber allein deshalb eine einschneidende Zäsur, weil mit der Demobilisierung der FARC die bewaffnete Gruppe mit der längsten Präsenz aus der Region verschwunden ist. Diese Situation, so möchte man meinen, bot zumindest potenziell die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen der Region und den Bewohner_innen der Friedensgemeinde neu zu definieren und auszurichten. Ohne die aktuellen Entwicklungen dieser Beziehungen bereits abschließend beurteilen zu können, möchte ich also am Ende dieser Arbeit in den Blick nehmen, ob und wie sich durch den aktuellen Friedensprozess die Begegnungen der Bewohner_innen der Friedensgemeinde und der staatlichen Institutionen verändert haben.

Friedensverhandlungen in Havanna

Nachdem die Friedensgemeinde den Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC zunächst sehr skeptisch gegenüberstand, änderte sie ihre Position im Verlauf der Verhandlungen. Auch wenn ihre Erwartungen begrenzt waren, empfanden sie den Dialog als Schritt in die richtige Richtung, wie der Bauer A.T. betonte:

Nur durch den Dialog kann man zu Vereinbarungen kommen. Das ist der Weg, Dialog statt Waffen. Die Gewalt hätte gar nicht 50 Jahre anhalten dürfen. Sie hätten diese Entscheidung schon vor 49 Jahren und 11 Monaten treffen sollen, oder? Sie hätten nicht warten sollen bis diese Ausmaße erreicht werden. Ich glaube, der effektivste Weg, das zu beenden, ist der Dialog. Die Waffen schaffen nur mehr Schmerz, mehr Tote, mehr Rache. Das schaffen Waffen. Der Dialog ist der Weg. Aber klar, wir sind skeptisch. Wenn sie wirklich zu einer Einigung kommen sollten, dann wären wir gerne am Leben, allein schon, um mitzuerleben, mit welchem Begriff die Regierung und die 17. Brigade uns dann bezeichnen wird. Wenn es dann keine Guerilla mehr gibt, als was werden sie uns bezeichnen? [lacht] (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Neben der Ironie, mit der der Bauer A.T. auf die konstante Stigmatisierung seitens des Militärs und lokaler bzw. regionaler Politiker_innen verweist, unterstreicht er, dass auch die Bewohner_innen der Friedensgemeinde Verhandlungen für den einzigen Weg halten, der die bewaffneten Auseinandersetzungen beenden kann. Diese Verhandlungen waren seiner Ansicht nach überfällig und hätten schon längst geführt werden müssen.

Eine erste Gelegenheit für eine ‚Neubegegnung‘ zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und Vertreter_innen der staatlichen Institutionen im Rahmen dieses Friedensprozesses, ergab sich, als ein Mitglied der Friedensgemeinde eingeladen wurde, an den Verhandlungsort nach Havanna zu reisen. Während des Verhandlungsprozesses wurden insgesamt 60 Personen – aufgeteilt auf fünf Gruppen a 12 Personen – als Opfervertreter_innen ausgewählt, die vor den beiden Verhandlungsdelegationen in Vertretung der über sieben Millionen registrierten Opfer des kolumbianischen Kon-

fliktes aussagen sollten. Als einer dieser Opfervertreter_innen reiste mit der vierten Opfergruppe der gesetzliche Repräsentant der Friedensgemeinde, zu diesem Zeitpunkt der Bauer G.G., im November 2014 nach Havanna, was einmal mehr die Bereitschaft der Friedensgemeinde zeigt, sich trotz des symbolischen ‚Abbruchs‘ ihrer Beziehungen zum ‚Staat‘ mit seinen Institutionen zusammenzusetzen. Der Bauer G.G. berichtete mir von seiner dortigen Begegnung mit den Verhandlungsdelegationen der kolumbianischen Regierung und der FARC wie folgt:

Als Friedensgemeinde hatten wir die Gelegenheit, nach Havanna zu fahren. Ich hatte die Gelegenheit, als Delegierter der Friedensgemeinde aber auch als Repräsentant des Urabás. Ich glaube, das war eine große Verantwortung der 60 Opfer, die nach Havanna fuhren, denn wir wissen ja, dass es mehr als sieben Millionen Opfer gibt und wir sehen mussten, wie wir diese dort repräsentierten. Das war eine große Verantwortung. Und die wollten wir annehmen. Die Verantwortlichen sollten die Verwandten derer kennenlernen, die sie ermordet haben. Wir als Opfer wollten ihnen ins Gesicht sagen, wie wir uns den Frieden vorstellen und dass es nicht nur um sie geht, die dort verhandeln. Sie haben die Verantwortung für all die Toten und nun sitzen sie dort und verhandeln, ohne das kolumbianische Volk und die Opfer ernst zu nehmen. Für uns als Friedensgemeinde war es ein wichtiger Schritt, die Opfer dort vertreten zu können.

(G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Der Bauer G.G. beschreibt den Umstand, als Opfervertreter ausgewählt zu sein, sowohl als Verantwortung als auch Herausforderung, insbesondere weil er den Eindruck zu haben schien, dass die beiden Delegationen in Havanna vor allen Dingen ihre eigenen Interessen verfolgten. Ein anderer Gemeindeführer, der Bauer G.T., erzählte mir zu einer anderen Gelegenheit, dass die Einladung G.G.s nach Havanna Anlass für intensive Diskussionen innerhalb der Friedensgemeinde war, an deren Ende sich aber die Position durchsetzte, die in dieser Einladung eine Chance sah und die Verantwortung der Opfervertretung annehmen wollte. Die Herausforderung bestand offensichtlich darin, dass der Bauer G.G. in Havanna nicht nur die Friedensgemeinde repräsentieren sollte, sondern auch die an Opfern nicht arme Konfliktregion Urabá. Die Tatsache an sich stellt natürlich eine gewisse Anerkennung der Geschichte der Friedensgemeinde dar, die einen Neubeginn der Beziehungen zwischen dem kolumbianischen Staat und der Friedensgemeinde hätte symbolisieren können. Allerdings wurde die Auswahl der Opfer gar nicht von Seiten der kolumbianischen Regierung getroffen, sondern von den die Verhandlungen begleitenden Organisationen, wie mir G.G. erzählte:

P.N.: Wie bist du eigentlich Teil dieser Gruppe von Opfern geworden?

Also gut, ich glaube, zunächst mal war es wegen meiner Geschichte, dass sie mich innerhalb der Gemeinde auswählten. Aber auch Organisationen, wie die Vereinten Nationen, die Universidad Nacional, diese Leute, die das organisierten und damit beauftragt sind, die Geschichte der Opfer in Kolumbien festzuhalten, sie fragten mich. Mir wurden 13 Familienangehörige ermordet. Als die Gewalt am schlimmsten war, im Jahr 96 und 97, wurden viele meiner Familie ermordet, insgesamt 13 Verwandte. In dem Moment war ich 13 Jahre alt. Ich glaube, das war ein sehr grausamer Krieg, der viele Leute ohne Familien zurückgelassen hat. Viele haben ihre Angehörige verloren, durch

die Paramilitärs, die 17. Brigade und die Guerilla. Dazu zählen auch mein Vater und meine beiden älteren Brüder, ich blieb als ältester zurück. Eine Tante und ihre beiden Kinder wurden von Samir, dem damaligen Kommandanten der 5. Front der FARC ermordet. Einige Cousins hat das Militär ermordet. Und einige Cousinen die Paramilitärs in Apartadó. Am Ende haben sie mich wegen all der toten Verwandten ausgewählt. Und deswegen war das für mich persönlich auch sehr hart, dort hinzufahren und die verantwortlichen Personen zu sehen, die meine Familie getötet haben. Ich konnte mir das nicht vorstellen, dass ich die Verantwortlichen kennenlernen sollte und ihnen wirklich sagen könnte, dass ich nicht will, dass sich das nochmal wiederholt. Darüber habe ich seit dem Moment nachgedacht, als sie mich ausgewählt haben. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Der Bauer G.G. wurde wegen des Ausmaßes der politischen Gewalt ausgewählt, welche seine Familie von allen bewaffneten Gruppen des Konfliktes erfahren hat. Er stand nicht nur vor der unmöglichen Aufgabe, unzählige weitere Opfer der Region Urabá zu repräsentieren, sondern auch vor der ganz persönlichen Herausforderung, die Verantwortlichen für die Verbrechen an seiner Familien zu konfrontieren, mit allen psychologischen Folgen, die eine solche Begegnung haben kann. Dabei war die größte Befürchtung G.G.s, dass seine Aussage in Havanna zu einer Fortsetzung der Verfolgung seiner Familie führen könnte:

Das war sehr schwer für mich dort hinzugehen. Auch, weil man bei diesen Leuten nicht weiß, ob das nicht noch mehr Probleme versursacht. Es hätte ja sein können, dass das neue Gewalt gegen mich und meine Familie bringt. Das hat man vorher schon gesehen, dass Opfer dort hingehen, und die extreme Rechte und auch Teile der Regierung sie zu attackieren begannen: ‚Die gehen doch nur, um sich mit der FARC zu treffen, und nicht um als Opfer auszusagen.‘ Deshalb war das ein sehr schwieriger Moment für mich, aber auch ein sehr beeindruckender. Ich würde nach Havanna fahren, in dieser Audienz sein und sagen können, was ich empfand, auch um meinen eigenen Frieden zu finden und gründlicher zu reflektieren, was der Frieden in Kolumbien sein könnte. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Diese Aussage beschreibt m.E. sehr gut das Vertrauensverhältnis der Opfer zu staatlichen Institutionen Kolumbiens. Insbesondere Opfer von staatlichen Verbrechen fürchteten und erwarteten, für ihre Aussagen bei den offiziellen Friedensverhandlungen, die sie u.a. vor den anwesenden Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft trafen, erneut zum Ziel von politischer Verfolgung zu werden, sobald sie zurück in Kolumbien wären. Ihre vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen mit den legalen und illegalen bewaffneten Gruppen haben sie gelehrt, auf die Verfolgung vorbereitet zu sein, wenn sie öffentlich entgegen der Interessen dieser Gruppen agieren.

Gleichzeitig zeigt sich darin die Bereitschaft vieler Opfer, trotz des erwarteten Risikos einen Beitrag zur Konstruktion des Friedens in Kolumbien zu leisten. Im Hinblick auf die hier thematisierte Art und Weise der Kontaktmomente zwischen den staatlichen Institutionen und der Friedensgemeinde war es besonders interessant zu erfahren, wie die Begegnung in Havanna ab lief:

P.N.: Und, wie war dein Aufenthalt dort? Wie viele Tage warst du da? Was habt ihr gemacht? Wie war es?

Also, wir sind am Nachmittag auf Kuba angekommen und einige Delegierte der FARC und der Regierung haben uns in Havanna empfangen. Sie empfingen uns dort und begrüßten uns kurz. Dann brachten sie uns in das Hotel, in dem wir schliefen, denn am nächsten Tag sollte die Audienz um acht Uhr morgens beginnen. Einen Tag nach der Audienz reisten wir wieder ab. Wir waren also für drei Tage dort.

P.N.: Und wie viele Opfer hörten sie in dieser Audienz an?

Es fuhren immer Gruppen von 12 Opfern nach Havanna, die hörten sie an.

P.N.: Alle 12 Opfer an einem Tag?

Ja, an einem Tag.

P.N.: Und, in wie viel Stunden?

Eh, sie gaben jedem nur 15 Minuten.

P.N.: Jeder hatte nur 15 Minuten, um alles zu erzählen?

Jeder hatte 15 Minuten. Ja, das war etwas frustrierend. Wir sind die Opfer, aber sie sind es, die sagen: „Nein, ihr könnt nur solange sprechen.“

(G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Die Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung wurden in der internationalen Presse und unter Peace-Building Expert_innen gerade wegen der Opferbeteiligung stark gelobt, wobei insbesondere die direkten Treffen der 60 Opfervertreter_innen mit den Verhandlungsdelegationen in Havanna positiv herausgestellt und als einer der Erfolgsfaktoren für den Verhandlungsverlauf bezeichnet wurden (Siehe bspw. BBC News 2014; oder Nylander, Sandberg, und Tvedt 2018). Redet man mit den an den Gesprächen beteiligten Opfern, wie dem Bauer G.G., drängt sich ein anderer Eindruck dieser Begegnungen auf. Nach seiner Beschreibung erscheint es zweifelhaft, dass die Verhandlungsdelegationen den Opfern, ihren Aussagen und Forderungen tatsächlich viel Bedeutung beigemessen hätten. Wenn jedes eingeladene Opfer 15 Minuten Zeit bekam sich zu äußern, dann haben sich beide Delegationen während der vier Jahre, die die Verhandlungen dauerten, insgesamt 15 Stunden Zeit genommen, um sich die Opfer ihres über 50jährigen Wirkens anzuhören. Bei fünf Gruppen von á 12 Opfern hörten sich die Verhandlungsdelegationen also an fünf Tagen jeweils für drei Stunden die Perspektive von 12 Opfern an. Es stellt sich dabei unweigerlich die Frage, was jemand, wie der Bauer G.G., innerhalb von 15 Minuten über seine eigene Familiengeschichte, die Geschichte der Friedensgemeinde sowie die Opfer Urabás, die er gleichzeitig repräsentieren sollte, sagen kann, geschweige denn, welche Visionen eines Friedens für Kolumbien oder welche Forderungen an die Delegationen er in dieser Zeit darüber hinaus noch skizzieren könnte. Er selbst empfand es als frustrierend, dass ihm als Opfer, aus seiner Perspektive, von den Täter_innen die Zeit vorgegeben wurde, in der er sprechen durfte. Die Möglichkeit der Opfer, zurückzusprechen und einem wesentlichen Teil der Geschichte des kolumbianischen Konfliktes in den Friedensverhandlungen Raum zu verschaffen, wurde offenbar von vornherein begrenzt. Schon die Bezeichnung ‚Audienz‘ für diese Treffen zeigt das Selbstverständnis von und die immanente Machtasymmetrie in dieser Begegnung, die eher den Eindruck einer performativen Inszenierung hinterlässt. Die Delegationen der bewaffneten Akteure gaben den Opfern

eine Audienz, bestimmten die Regeln für diese und damit darüber, wer in welcher Zeit sprechen dürfe.

P.N.: Und, was hast du in den 15 Minuten gesagt?

Die Geschichte, meine persönliche und die der Friedensgemeinde. Ich sagte, dass sie Organisationen wie die Friedensgemeinde seit Jahren auszulöschen versuchen, obwohl sie eine Suche nach dem Frieden in Kolumbien darstellen. Wir sind Beispiele für Frieden. Ich sagte, dass das für uns eine sehr schwere Geschichte ist und sie die Verantwortlichen dafür sind. Diese Gruppe der Guerilla und diese Gruppe der Regierung, die dort den Frieden verhandeln, sind die Verantwortlichen für alles, was der Friedensgemeinde und aller Opfer in Kolumbien passiert ist. Also sagte ich ihnen, dass nun der Moment gekommen ist, an dem sie sich nicht mehr von diesem Tisch erheben sollten, ohne den Opfern ehrliche Antworten zu geben. Sie müssen verhandeln und wenn sie sich von diesem Tisch erheben, müssen sie dem Volk und den sieben Millionen Opfern Antworten geben. Wir brauchen keine Erklärungen, die ihren eigenen Interessen oder denen der ökonomisch Mächtigen folgen, wir brauchen Erklärungen für das Volk und ein Ende des Krieges in Kolumbien.

P.N.: Und, wie antworteten die Vertreter der FARC und der Regierung in dem Moment? Welchen Eindruck machten sie, nahmen sie das ernst, waren sie engagiert bei der Sache?

In dem Moment, na ja, da ist die Internationale Gemeinschaft, da sind die Länder, die die Verhandlungen unterstützen, da sind viele Leute in der Audienz, und in dem Moment sieht man ein Interesse der Delegationen der Regierung und der FARC, ja. Man hat den Eindruck sie sind da, weil sie Frieden wollen, weil sie sich nicht weiter zwischen Guerilla, Militär und Polizei erschießen lassen wollen. Man erkannte ihre Rolle, zu einem Frieden in Kolumbien beitragen zu wollen. Aber am Ende ist der weit weg. Wir hoffen, dass es Frieden geben wird, aber wir sehen ihn noch sehr weit weg. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Interessant ist die Antwort von G.G. auf die Frage nach der Reaktion der beiden Verhandlungsdelegationen. Er bringt das Interesse dieser beiden Delegationen in der Audienz nicht mit der Anwesenheit der Opfer oder dem Inhalt von deren Beiträgen in Zusammenhang, sondern allein mit der Präsenz der internationalen Gemeinschaft. Er spricht davon, dass die Delegationen in diesem Kontext eine Rolle spielen, laut der sie zum Frieden in Kolumbien beitragen wollen. Gleichzeitig äußerte er aber seine Zweifel, ob es diesen Frieden wirklich geben werde.

Als wir über die Inhalte seiner Aussagen in dieser Audienz sprachen, fügte G.G. an, dass er eigentlich mit einem konkreten Vorschlag für die Verhandlungsdelegationen nach Havanna gereist wäre, den er dort auch vorgetragen hatte:

Aber wir gingen auch nach Havanna mit einem konkreten Vorschlag an die Regierung und die FARC. Es ging um die humanitären Zonen. Seit der Gründung der Friedensgemeinde wurden sie nie respektiert, nicht von der Regierung und auch nicht von der FARC. Die Führer der humanitären Zonen wurden angegriffen und ermordet. Wir glauben, dass es zu einer Demilitarisierung des Dorfkerns und der Weiler kommen muss, dass sich das Militär und die FARC aus den zivilen Räumen zurückziehen müssen. Es

gibt Räume der Gemeinde, die kaum bewohnt werden können, wegen der Präsenz bewaffneter Gruppen und den Gefechten, zu denen es dort ständig kommt. Unser Vorschlag war, dass zumindest der Dorfkern ein kleines Beispiel für eine humanitäre Zone sein sollte.

P.N.: Und, gab es darauf Antworten?

Die Regierung hat immer gesagt, dass sie das nicht mache, solange es keine Absprache mit der Guerilla im Rahmen von Verhandlungen gäbe. Wir dachten also, dass nun der Zeitpunkt sei, wo es zu einer Absprache zwischen der Regierung und der FARC kommen könnte. Also gingen wir mit diesem Vorschlag dahin. Die Regierung gab uns keine Antwort darauf. Die FARC, also Iván Márquez, der Delegierte der FARC, sagte uns, dass sie den Punkt gerade diskutieren würden, wie die Räume von Friedensgemeinden, indigenen und afrodescendenten Gemeinden respektiert werden können und dass unser Vorschlag diesbezüglich fundamental sei. Die Delegierten der Regierung sagten, dass sie da natürlich auch nach Möglichkeiten suchen würden, aber dass schlussendlich der Konflikt immer noch existieren würde. Sie könnten da keine schnellen Entscheidungen treffen. Sie haben schlichtweg kein Interesse daran, diese Gemeinderäume zu demilitarisieren. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Die Antworten der Regierungsdelegation nährten einerseits die konkreten Zweifel der Bewohner_innen der Friedensgemeinde an dem Friedenswillen der kolumbianischen Regierung und zeigen anderseits die allgemeinen Grenzen der Opferbeteiligung am Verhandlungstisch in Havanna.

Die Aussagen von G.G. erwecken den Eindruck als seien die 60 der über sieben Millionen anerkannten Opfer, die nach Havanna eingeladen wurden, dort der internationale Gemeinschaft vorgeführt worden. Ganz offensichtlich wurde ihnen nicht genug Zeit eingeräumt, um ihre Geschichten vom Konflikt und ihre Visionen vom Frieden darlegen zu können, aber genügend Zeit, um sie und ihre Teilnahme zu dokumentieren sowie der Welt zu präsentieren. Auf ihre Forderungen wurde, zumindest im Fall der Friedensgemeinde, nicht eingegangen, was für die Gemeindemitglieder ein vertrauensbildendes Signal hätte sein können. Die Stimmen der Opfer wurden zwar gehört, – was diese zu sagen hatten, scheinbar nicht. Dementsprechend ernüchternd fällt auch das Resümee der Friedensgemeinde über ihre Teilnahme an den Opferanhörungen aus, welches der Bauer A.T. wie folgt umriss:

P.N.: Wie wichtig war es für euch, dass jemand von der Friedensgemeinde nach Havanna fuhr?

Die Entscheidung, einen Delegierten der Gemeinde nach Havanna zu schicken, war mit dem Ziel verbunden, den beiden Parteien, die dort in Kuba zusammensitzen, einen Vorschlag zu machen. Sie sollten die humanitären Zonen akzeptieren, die die Friedensgemeinde eingerichtet hat. Wir wollten den Sprechern der FARC und der Regierung dort dieses Projekt präsentieren, damit sie diese endlich beachten und eine solche humanitäre Zone in der Region akzeptieren. Das war unser Ziel. Wir hatten uns schon gedacht, dass das nicht einfach sein würde. Die Guerilla hörte sich den Vorschlag an und fand es einen guten Vorschlag, aber die Regierung gab uns darauf keine Antwort. Die Regierung wird das nicht in Erwägung ziehen. Was sollte also unsere Schlussfolgerung daraus sein? Hatte es keinen Sinn, dorthin zu fahren? Dort hinzufahren, um uns

mal vorzustellen oder die Verbrechen gegen uns zu erklären, war nicht unser Ziel. Unser Ziel war es, den beiden Parteien zu sagen, dass wir von ihnen fordern, dass sie ein abgegrenztes Areal der Zivilbevölkerung akzeptieren und respektieren sollen, in das kein bewaffneter Akteur eindringen darf. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Die Erfahrungen dieser ‚Neubegegnung‘ zwischen der Friedensgemeinde und staatlichen Institutionen im Rahmen der Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung in Havanna, unterschied sich nicht grundlegend von den Erfahrungen vorheriger Begegnungen. In den Augen A.T.s wurden sie vorgeführt und nicht ernst genommen, ihnen wurde nicht in gebührendem Maße zugehört und ihre Forderungen wurden nicht beachtet. Stattdessen wurden sie für Interessen eingebunden, die nicht ihre eigenen waren und in der Position gestärkt, ihre skeptische Distanz gegenüber den Institutionen des kolumbianischen Staates zu bewahren.

Diese erste ‚Neubegegnung‘ mit den staatlichen Institutionen stärkte nicht die Hoffnungen der Gemeindemitglieder, zukünftig in Frieden zu leben. Nicht nur, dass sie sich schlichtweg nicht vorstellen konnten, dass auf ihre Bedürfnisse nach einer möglichen Vertragsunterzeichnung und während der Umsetzung der Vereinbarungen eingegangen werden würde. Sie befürchteten auch, dass es selbst mit einer demobilisierten Guerilla genügend weitere Gründe geben werde, die zu einer Fortsetzung der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen bereits bestehenden oder neu entstehenden illegalen bewaffneten Gruppen und den staatlichen Sicherheitskräften führen werde, wie mir der Bauer G.G. fortfuhr zu erklären:

P.N.: Wenn ein Friedensvertrag unterschrieben wird und die FARC sich demobilisiert, was wird in dieser Zone passieren?

Vielelleicht wird einfach ein neuer Krieg geführt werden. Sollte die Agrarreform nicht umgesetzt werden, oder sich die Bildung und Gesundheit nicht verbessern, kann der Postkonflikt vielleicht noch schlimmer werden als der Konflikt. Viele Leute werden sich gegen die Dinge wehren, die einen Frieden begünstigen würden. Der Drogenhandel bspw. wird bleiben. Auch die Regierung, sie sorgt ja selbst dafür, dass die Verfassung und die Verfassungsrechte nicht erfüllt werden. Wenn es wirklich einen Frieden geben sollte, indem sich die Guerilla demobilisiert und die Vereinbarungen umgesetzt würden, dann wären wir alle begeistert. Wahrscheinlicher aber ist, dass sie nicht erfüllt werden und das könnte dazu führen, dass diese Leute sich wiederbewaffnen oder neue illegale Gruppen bilden. Deshalb ist es schwer an einen Frieden in dieser Zone und in Kolumbien zu glauben. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Die Angst davor, dass sich die Regierung selbst nicht an die Vereinbarungen halten und sich die FARC wiederbewaffnen könnte, wurden auch vom Bauern A.T. geteilt, dem ich dieselbe Frage stellte:

P.N.: Und wenn wir uns diese Zone hier anschauen, wie würde ein möglicher Friedensvertrag das Zusammenleben in dieser Zone beeinflussen?

Das könnte kompliziert werden. Denn es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie diese Region zu einer Zone erklären, in der die Guerilla ihre Truppen konzentrieren soll. Dagegen werden wir uns wehren. Vielleicht erklären sie das hier zu einer Demobilisierungszone. Am Ende weiß man ja nicht, wie sie sich das vorstellen, wie die Entwaff-

nung funktionieren soll und wie der Prozess der Reintegration ins zivile Leben aussehen soll. Wir wissen nur, dass das für uns kompliziert sein würde, wenn sie diese Sachen hier machen wollen. Das andere, was uns Angst macht, ist, wie die Kommandantur der FARC und die Regierung des kolumbianischen Staates die Integration jedes Kämpfers in das zivile Leben garantieren will. Wie wollen sie ihnen ein Auskommen im zivilen Leben garantieren? Wir sehen zwar, dass die FARC organisiert ist, in dem Sinne, dass wenn die Führung einen Befehl gibt, der auf allen Ebenen respektiert wird. Es gibt eine Disziplin von den obersten Befehlshabenden bis zu den untersten Fußsoldaten. Das beruhigt uns manchmal. Aber man weiß, dass die meisten, die dort sind, Bauern sind. Das sind keine Leute mit Berufsausbildung. Man sagt sich: „Das Einzige, was diese Leute können, ist, eine Waffe zu tragen und zu töten. Sie sind auf das Leben auf dem Land nicht vorbereitet, zu arbeiten, zu roden, das Essen zu säen. Das ist nicht ihr Leben. Ihr Leben spielte sich in den Bergen ab, von hier nach dort ziehend, mit einem Gewehr über der Schulter.“ Wenn sie ins zivile Leben zurückkehren, muss es irgendwelche Sicherheiten für sie geben. Was wird mit ihnen passieren? Sie haben keine Berufsausbildung. Es müsste irgendeine Form der Ausbildung für sie geben, damit sie irgendwo beschäftigt werden, dass sie Arbeit bekommen. Wenn nicht, werden viele von ihnen dazu neigen, erneut die Waffen zu ergreifen. Und das sind die Schlimmsten. Ein Guerillero, der sich demobilisiert und dann zu den Paramilitärs geht, ist brutaler als irgendein anderer. Die schlimmsten Mörder dieser Region waren Guerilleros, die sich demobilisierten und dann den Paramilitärs anschlossen, das waren die schlimmsten. Das ist kompliziert. Der Staat duldet die paramilitärischen Gruppen, die diskret anfangen, Guerilleros zu attackieren, die sich ins zivile Leben integrieren wollen, was zur Folge hat, dass sie erneut zu den Waffen greifen, um sich zu verteidigen. Aber dann unkontrolliert. Das kann zu einer Welle der Gewalt führen. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Angesichts der Entwicklungen des Friedensprozesses zum Zeitpunkt des Verfassen dieser Arbeit, Mitte des Jahres 2019, die ich bereits in der Einleitung kurz geschildert habe, und angesichts der Entwicklungen in der Serranía de Abibe seit der Vertragsunterschrift, die ich im Folgenden kurz skizzieren werde, erscheinen die Befürchtungen der Bauern G.G. und A.T. aus dem Jahr 2015 nicht nur berechtigt, sondern fast prophetisch. Es ist aber nicht eine Vorsehung der Zukunft, sondern es sind ihre Erfahrungen aus der Vergangenheit, die sie erwarten ließen, dass die Regierung eine Agrarreform nicht umsetzen würde, dass der Drogenhandel nicht eingeschränkt werden könne und dass sich die demobilisierten Kämpfer_innen wiederbewaffnen könnten, insbesondere wenn ihre Sicherheit nicht garantiert sei.

Nicht nur die Bewohner_innen der Friedensgemeinde hielten sich im Jahr 2015 mit optimistischen Zukunftsaussichten zurück. Auch Kenner_innen ihrer Situation, wie die Menschenrechtsanwälte Jorge Molano und German Romero, gingen nicht davon aus, dass sich die vielfältigen Konflikte des Urabás durch diesen Friedensvertrag zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung lösen lassen würden, dass sich die politische Gewalt in der Region zukünftig reduzieren würde oder dass Mitglieder von Organisationen, wie die der Friedensgemeinde, nicht mehr Gefahr laufen würden, Opfer von Gewaltverbrechen zu werden:

G.R.: Es kann sein, dass der Postkonflikt beginnt und die Viktimisierung der Friedensgemeinde nicht aufhört. Denn wenn es so ist, dass die Ursache ihrer Verfolgung in ihrer geostrategischen Lage liegt, dann ist diese nicht mit einem Friedensprozess behoben. Was mit dem Friedensprozess vielleicht unterbunden wird, ist die perverse Nähe zu zwei Fronten der FARC, in die man die Friedensgemeinde stellt. Aber darüber hinaus wird nichts passieren, bloß weil sich die Guerilla demobilisiert. Ich glaube, es ist sehr wahrscheinlich, dass eine Gemeinde, wie die von San José de Apartadó, auch in einem Post-Konflikt weiterhin das Ziel von Menschenrechtsverletzungen sein wird. Der ländliche Raum hat viele Konflikte und von diesen vielen Konflikten ist der bewaffnete Konflikt nur einer. Sicherlich hängt der mit allen anderen zusammen und ist der wichtigste. Wenn du diesen wegnimmst, werden aber die anderen mit Sicherheit weiter existieren. Der ländliche Raum in Kolumbien ist gezeichnet von einer Reihe von Konflikten. Wir können hier von einer institutionellen Krise sprechen, einer Ungleichheit in der Verteilung und Nutzung von Land, einer hohen Landkonzentration, einer fehlenden Produktivität, dem Drogenhandel, man könnte noch eine Reihe weiterer nennen. Nimmst du den bewaffneten Konflikt weg, gibt es ein bisschen Luft, aber die darunterliegenden Konflikte treten zu Tage. Und die Art und Weise, wie auch diese Konflikte in Kolumbien angegangen wurden, ist mit Gewalt. Das ist ein vertracktes Szenario. Aber es wäre schon nützlich, der Gemeinde das Stigma nehmen zu können, sie sei Teil der FARC. Das würde ihnen schon helfen und das können sie mit einem Friedensprozess gewinnen, nicht nur sie, sondern auch viele andere soziale Akteure. Aber dass damit die Gewalt aufhört oder die Verfolgung, das ist eine andere Sache. Das Thema der natürlichen Ressourcen, die Mineralien und das Wasser dieser Berge, das wiegt sehr schwer.

J.M.: Es gibt viel, um das es sich zu bekriegen lohnt. Das Problem ist, dass dort Reichtümer unter der Erde liegen.

G.R.: Und wenn man wegen dieser Ressourcen einen Krieg vom Zaun brechen muss, dann wird man dafür einen Krieg vom Zaun brechen. Das ist nicht das Problem. Das Problem haben dann die Akteure, die eine politische Linie haben, die klare Überzeugungen und Positionen gegenüber dem Staat vertreten und die dieses Territorium verteidigen wollen. Die werden garantiert Ziel weiterer Angriffe. Ich möchte wirklich nicht, dass ihnen noch mehr passiert, aber das ist die Realität, in der sie leben. Es gibt Dinge, bei denen der Friedensprozess helfen würde. Er würde die Intensität der Polemik verkleinern genau wie das Niveau der Stigmatisierung, dabei könnte er helfen. Aber die Situation im Urabá ist sehr kompliziert und was man dort in naher Zukunft nicht sehen wird, ist eine Transformation des Staates. (Jorge Molano und German Romero, 24.07.2015, Bogotá)

Etwa eineinhalb Jahre vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages waren also die Erwartungen an einen zukünftigen Frieden sowohl in der Friedensgemeinde als auch in ihrem Umfeld sehr begrenzt. Unabhängig von diesen Erwartungen führte die Unterzeichnung des Friedensvertrages und der Beginn seiner Umsetzung zu weiteren ‚Neubegrennungen‘ staatlicher Institutionen mit der Friedensgemeinde in der Region, und zwar als Folge der Demobilisierung der FARC und in Form von verschiedenen, einsetzenden Friedensmaßnahmen.

Friedensmaßnahmen in San José de Apartadó

Der Landkreis Apartadó zählt zu den ‚priorisierten Landkreisen für den Postkonflikt‘. Landkreise, die als solche anerkannt wurden, gelten als vom bewaffneten Konflikt in besonderem Maße betroffen, weshalb die vereinbarten Friedensmaßnahmen in ihnen priorisiert durchgeführt werden sollen. Zu welchen Kontaktmomenten und ‚Neubeggnungen‘ es seit der Vertragsunterzeichnung in diesem ‚priorisierten Landkreis für den Postkonflikt‘ kam, möchte ich im Folgenden kurz darstellen. Dabei stützen sich die Informationen auf meinen letzten Aufenthalt Mitte des Jahres 2017 und auf Informationen der Friedensgemeinde, die diese per Mail verschickt oder auf ihrem Twitteraccount veröffentlicht. Da der Friedensvertrag gerade erst umgesetzt wird und diese Umsetzung bei weitem nicht abgeschlossen ist, können die folgenden Ausführungen nicht mehr als einen Ein- bzw. Ausblick bieten.

Wie der Bauer A.T. bereits sagte, forderte die Friedensgemeinde, dass in ihre unmittelbarer Nachbarschaft keine Demobilisierungszone (eine sogenannte ‚Vorübergehende Weilerzone der Normalisierung‘ – ‚zonas veredales transitorias de normalización¹‘) eingerichtet wird. Die Bewohner_innen befürchteten einerseits, dass durch die räumliche Nähe das Stigma, die Friedensgemeinde würde der FARC nahestehen, genährt werden könnte. Andererseits war die Sorge groß, dass die demobilisierten Guerillera-Kämpfer_innen zum Ziel paramilitärischer Angriffe werden könnten, wodurch sich die Gewalt in der Zone zumindest nicht reduzieren würde. Des Weiteren bestand die Angst, dass mögliche Verzögerungen und Probleme beim Demobilisierungsprozess dazu führen könnten, dass einzelne Guerillera-Kämpfer_innen den Demobilisierungsprozess verlassen und erneut illegalen Aktivitäten in der Region nachgehen könnten. Die Friedensgemeinde bat die beiden Verhandlungsdelegationen mehrmals darum, keine Demobilisierungszone in der Serranía de Abibe zu installieren, u.a. trug der Bauer G.G. diese Bitte, wie oben skizziert, während seines Besuches in Havanna beiden Delegationen vor. Die beiden Verhandlungsdelegationen gingen auf diesen Wunsch nicht ein und richteten eine Demobilisierungszone in unmittelbarer Nachbarschaft der Friedensgemeinde ein.

Der Weiler Gallo, im Landkreis Tierralta, Córdoba, liegt am Stausee Urrá am gegenüberliegenden Ufer des Weilers El Guineo, der, auf der cordobesischen Seite der Serranía de Abibe gelegen, seit dem Jahr 2009 zur Friedensgemeinde gehört. Die Regierung entschied, im Weiler Gallo eine Demobilisierungszone einzurichten und die

1 Bemerkenswert ist die Bezeichnungspraxis dieser Demobilisierungszenen seitens staatlicher Institutionen sowie ihre Kommunikation über diese mit den Bewohner_innen der Orte, an denen diese eingerichtet wurden. In der Regel wurden diese vor deren Einrichtung nicht konsultiert. Der Name dieser Zonen suggerierte, dass sie nur zum Zwecke der Demobilisierung eingerichtet wurden und die dort demobilisierten Guerilleros nach ihrer Demobilisierung nicht weiter dort leben und diese Orte wieder verlassen sollten. Wie sich herausstellte war es allerdings nur der Name, der an diesen Zonen vorübergehend war. Den änderte die kolumbianische Regierung per Dekret (1274/2017) zum 1. August 2017 einfach in ‚Territoriale Räume der Ausbildung und Wiedereingliederung‘ (espacios territoriales de capacitación y reincorporación), womit sie diese Zonen verstätigte und wenn die Ex-Guerilleros diese nicht freiwillig verließen, so leben sie noch heute dort (Vgl. Ministerio de Justicia 2017).

Forderung der Friedensgemeinde zu ignorieren. Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde verstanden diese Entscheidung als eine Botschaft, laut der die Regierung auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht gewillt sein werde, der Friedensgemeinde entgegenzukommen und über dieses Entgegenkommen Vertrauen zu schaffen. Als diese Demobilisierungszone im Frühjahr 2017 eingerichtet wurde, gehörte sie u.a. wegen ihres sehr schwierigen Zugangs zu den Demobilisierungszonen, in denen die Regierung nicht in der Lage war – ob gewillt, ist fraglich² –, eine grundlegende Infrastruktur für die demobilisierten Kämpfer_innen zur Verfügung zu stellen. Trotzdem demobilisierten sich hier im April 2017 circa 150 Guerillera-Kämpfer_innen der 58. Front der FARC. Bereits während meines Aufenthaltes Mitte des Jahres 2017 erzählten mir verschiedene Bewohner_innen der Region, dass diese Demobilisierungszone nicht funktioniere: So würden die ehemaligen Kämpfer_innen ihre Unterstützungszahlungen nicht erhalten, die Lebensmittelversorgung sei nicht ausreichend, gleichzeitig könnten sie weder Lebensmittel anbauen noch Wirtschaftsprojekte beginnen, da der Weiler zu einem Naturschutzgebiet gehören, ganz abgesehen davon, dass die Reintegrations- und Ausbildungsmaßnahmen für die Ex-Guerillera-Kämpfer_innen diesen Weiler nicht erreichten. Zusammengefasst saßen, laut den Bäuer_innen der Serranía, die Demobilisierten dort entweder nur herum oder begannen diese Zone wieder zu verlassen, um entweder zu ihren Familien zurückzukehren oder sich den paramilitärischen Gruppen anzuschließen. Bis zum Oktober 2017 hatte sich die Anzahl der Demobilisierten im Weiler Gallo um die Hälfte reduziert. Sechs Monate nach ihrer Einrichtung meldete die Regionalzeitung El Heraldo der karibischen Stadt Barranquilla, dass die letzten 60 Demobilisierten dieser Demobilisierungszone den Weiler Gallo verlassen hätten und in andere Demobilisierungszonen ziehen würden (Vgl. El Heraldo 2017). Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde schätzten zu diesem Zeitpunkt, dass sich etwa 40 Ex-Guerilleros der paramilitärischen Gruppe AGC angeschlossen hätten. Nicht einmal ein Jahr später, im September 2018, informierte mit alias René, der erste ehemalige Guerillero der 58. Front, die Bewohner_innen entlang der Verbindungsstraße zwischen Apartadó und San José de Apartadó darüber, dass er nun als paramilitärischer Kommandant in der Zone agieren werde (Vgl. CdP San José 2018h).³ Die Erfahrungen mit vergangenen Demobilisierungen in der Region setzen sich also in der gegenwärtigen fort.

Eine positive Konsequenz der Demobilisierung der FARC ist die Tatsache, dass es seitdem zu keinen Gefechten mehr in der Serranía de Abibe kam. Dieser Umstand hat allerdings, zumindest für die Bewohner_innen der Serranía, eine zweifelhafte Kehrseite. Denn mit der Demobilisierung der FARC übernahm, wie am Ende des Kapitels 3.3 bereits beschrieben, nicht das kolumbianische Militär die öffentliche Kontrolle der Zone, sondern die paramilitärische Gruppe AGC, die ihre militärische Präsenz seitdem

2 Da es auch in Demobilisierungszonen, die bei weitem nicht so schwierig zugänglich waren, an grundlegender Infrastruktur mangelte, kann davon ausgegangen werden, dass staatliche Institutionen nicht nur nicht in der Lage, sondern auch nicht gewillt waren, für eine Grundversorgung in diesen Zonen zu sorgen.

3 Allerdings gab es in der Vergangenheit schon individuell demobilisierte Guerilleros, die anschließend in den Reihen paramilitärischer Gruppen gesehen wurden (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 41, 80).

kontinuierlich ausbaut. Im Jahr 2017 geschah dies noch mit einer gewissen Zurückhaltung, in dem Sinne, dass die paramilitärischen Einheiten versuchten, sich nicht sehen zu lassen. Seit dem Jahr 2018 bewegen sie sich in Truppenzügen von 30 bis 50 Kämpfer_innen (Vgl. bspw. CdP San José 2018c) – in einem Fall sogar mit bis zu 200 (Vgl. CdP San José 2018i) – durch das Gebiet, etablieren permanente Camps in der Zone (Vgl. bspw. CdP San José 2018d) und reglementieren die Bewegungsfreiheit der Bewohner_innen, etwa durch Wegsperren oder ein nächtliches Verbot, den Stausee Urrá zu befahren (Vgl. bspw. CdP San José 2017e; bzw. 2018d). Dass die Bewohner_innen der Serranía regelmäßig auf diese Truppen stoßen, die 17. Brigade auf ihren Patrouillen allerdings scheinbar selbst dann nicht, wenn sie von den Bäuer_innen auf deren Standort hingewiesen werden (Vgl. bspw. CdP San José 2017j), können sich die Gemeindemitglieder nur mit Absprachen zwischen den Paramilitärs und dem Militär erklären. Seit der Übernahme der militärischen Kontrolle durch die AGC nahmen auch die Bedrohungen gegen die Friedensgemeinde wieder zu, die in dem Zwischenfall ihren Höhepunkt fanden, der im Prolog dieser Arbeit beschrieben ist. Neu ist allerdings, dass nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht nur die Bewohner_innen der Friedensgemeinde selbst, sondern auch ihre (inter-)nationalen Begleiter_innen und Besucher_innen sowie Bäuer_innen der Zone, die nicht Mitglieder der Friedensgemeinde sind, aber auf andere Weise mit ihr zusammenarbeiten oder sympathisieren, von den Paramilitärs bedroht werden (Vgl. bspw. CdP San José 2017i; bzw. 2017g). Ganz offensichtlich agierten sie im Jahr 2018 mit einem größeren Selbstvertrauen, was offenbar sogar einzelne staatliche Funktionär_innen erfahren mussten: So musste, auf Grund von Bedrohungen seitens der paramilitärischen AGC, im Mai 2018 ein für San José de Apartadó designierter Mitarbeiter des regionalen Büros der Ombudsstelle für Menschenrechte (Vgl. CdP San José 2018f) und im September 2018 ein für den gesamten Urabá designierter Mitarbeiter des regionalen Büros der Ombudsstelle für Menschenrechte die Region verlassen (Vgl. CdP San José 2018i). Nicht nur, dass die 17. Brigade die Serranía de Abibe nicht unter ihre Kontrolle stellte und auch nicht die paramilitärischen Einheiten bekämpfte und bekämpft, sie gehört auch zu den staatlichen Institutionen, die mit dem größten Nachdruck bestreiten, dass es überhaupt paramilitärische Truppen in der Region gäbe. Selbst wenn die AGC sich durch das Hinterlassen von Graffitis an den Hauswänden der Weiler geradezu in den öffentlichen Raum einschrieb, negierte die 17. Brigade in den regionalen Medien und bei öffentlichen Veranstaltungen deren Anwesenheit (Vgl. bspw. CdP San José 2017a; bzw. 2017f).

Die Präsenz der paramilitärischen Gruppe AGC beschränkt sich allerdings nicht nur auf die militärische Kontrolle. Sie erhöhte auch ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einfluss in der Region. So kontrollierte und intensivierte sie im Juni 2017 den Drogenhandel in der Serranía de Abibe. Während unter der Kontrolle der FARC jede Familie, die Koka anpflanzte, nicht mehr als einen Hektar davon kultivieren durfte, animierte die AGC die Bäuer_innen der Zone dazu, mehr Koka anzubauen. Vielen der Bäuer_innen bleibt allein deshalb schon nichts anderes übrig, weil sich die AGC im Gegensatz zur FARC nicht für eine Preisstabilität anderer landwirtschaftlicher Produkte einsetzt, was zu deutlichen Einkommensverlusten der Bewohner_innen der Region geführt hat. Erschwerend hinzu kommt die Ausweitung des illegalen Steuermanopols der AGC auf alle Handelsprodukte der Region. So mussten bspw. Bäuer_innen der Zone im

Jahr 2017 50.000 kolumbianische Pesos an die Paramilitärs für jedes Stück Vieh zahlen, das sie besaßen (Vgl. CdP San José 2017a). Ihren politischen Einfluss baute die AGC aus, indem sie zunächst ein Netz aus Spitzeln, sogenannte ‚puntos de informantes‘, in allen Weilern etablierte und alle *Juntas de Acción Comunal* zwang, die teilweise erst zwei Jahre zuvor von der FARC reorganisiert worden waren, einen dieser ‚puntos‘ als Mitglied aufzunehmen (Vgl. CdP San José 2017i). Des Weiteren ist die AGC insbesondere im Jahr 2018 dazu übergegangen in einem zweimonatigen Rhythmus Versammlungen in den einzelnen Weilern abzuhalten, zu deren Teilnahme sie die Bewohner_innen der Region unter Androhung von Strafzahlungen in Höhe von 200.000 kolumbianischen Pesos pro Person verpflichtete (Vgl. bspw. CdP San José 2018c). Hinsichtlich der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenlebens in der Region hat die allgemeine Kriminalität und alltägliche Gewalt nach der Demobilisierung der FARC zugenommen, die von der FARC während ihrer Präsenz in der Zone stark sanktioniert worden war. Dafür ist einerseits die AGC direkt verantwortlich, wie im Falle von mehreren Diebstählen, u.a. dem Raub der Einnahmen aus dem Kakaoverkauf der Friedensgemeinde im Juli 2017 (Vgl. CdP San José 2017g) oder dem Fall der Vergewaltigung eines minderjährigen Mädchens im Januar 2017, über den auch in den nationalen Medien berichtet wurde (Vgl. El Espectador 2017b). Andererseits trägt sie indirekt zu einer Verrohung des Zusammenlebens in der Region bei, indem sie bspw. seit dem Jahr 2018 mehrere Feiern und Trinkgelage veranstaltete, bei denen sich Teilnehmende mit Macheten angriffen und verletzten (Vgl. bspw. CdP San José 2018h; 2019a). Darüber hinaus provozieren die Paramilitärs scheinbar Landkonflikte zwischen den Bäuer_innen der Region, indem sie ihnen wohlgesinnte Bäuer_innen und die *Juntas de Acción Comunal* zu Landinvasionen animieren (Vgl. bspw. CdP San José 2017b). Gerade angesichts möglicher Landtitulierungsprogramme nahmen die Spannungen und Spaltungen zwischen den Bäuer_innen der Zone im Jahr 2018 drastisch zu. Seit Dezember 2016 droht bspw. die *Junta de Acción Comunal* des Weilers Mulatos, die Ländereien der Friedensgemeinde im Weiler Mulatos zu besetzen (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 190–91). Zwischen dem 11. und 13. September 2018 besetzten 70 Personen ein Stück Land der Friedensgemeinde in unmittelbarer Nachbarschaft zu San Josecito und zerstörten die dortigen Kakao- und Bananenpflanzungen (Vgl. CdP San José 2018g).⁴ Des Weiteren nimmt die Ermordung von Zivilpersonen wieder zu: So brachte im November 2017 die AGC einen Pferdehändler der Region um (Vgl. CdP San José 2017k). Im Juni 2018 wurde ein Bauer mit Macheten erschlagen (Vgl. CdP San José 2018e). Im Januar 2019 wurde ein Jugendlicher 300 Meter neben der Militärbasis in San Jose de Apartadó erschossen (Vgl. CdP San José 2019b). Und im Juli sowie im August 2019 wurden zwei Jugendliche nahe ihrer Wohnhäuser erschossen, scheinbar weil sie sich geweigert hatten, mit den Paramilitärs zusammen zu arbeiten (Vgl. CdP San José 2019c).

Die staatlichen Sicherheitskräfte haben nach der Demobilisierung der FARC die Zone nicht besetzt, die öffentliche Ordnung nicht übernommen und keine Anstrengung unternommen, die Bevölkerung vor der paramilitärischen Kontrolle zu schützen. Auch

4 Das Militär versucht anscheinend bereits seit dem Jahr 2015 ein Grundstück direkt neben ‚San Josecito‘ von dessen Besitzer abzukaufen, offenbar um eine Militärbasis in unmittelbare Nachbarschaft der Friedensgemeinde zu setzen (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 164).

in Zeiten des formalen Friedens scheint das Militär seinen Pflichten und Aufgaben nicht nachzukommen sowie die Paramilitärs zu tolerieren. Anstelle einer Zäsur im Agieren des Militärs zeigt sich auch nach dem Friedensvertrag eine Kontinuität im Auftreten der 17. Brigade in der Serranía de Abibe. Dabei ist das Militär nicht die einzige staatliche Institution, die die Existenz paramilitärischer Gruppen in der Serranía de Abibe bestreitet. Verschiedene Politiker_innen, vom damaligen Bürgermeister Apartadós Elicier Artega über die Menschenrechtsbeauftragte des Präsidialamtes Paula Gaviria bis hin zum ehemaligen Vize-Präsident Kolumbiens Oscar Naranjo bestritten, dass es Paramilitärs in San José de Apartadó gäbe (Vgl. CdP San José 2017c; 2017g; 2017h; 2017i). Der damalige Gouverneur des Departments Antioquia Luis Pérez verstieg sich darauf zu behaupten, wie in der Vignette im Prolog zu dieser Arbeit geschildert, dass der Überfall auf den gesetzlichen Repräsentanten der Friedensgemeinde im Dezember 2017 von einem Gemeindefriseur begangen worden sei und nicht von Paramilitärs. Damit tragen diese Politiker_innen nicht nur zur Unsichtbarmachung eines illegalen bewaffneten Akteurs bei, sondern sie machen sich mit solch hanebüchenen Erklärungen über die ländlichen Bewohner_innen lustig. Die Friedensgemeinde macht seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages, wie auch zuvor, kontinuierlich auf die paramilitärische Präsenz in der Serranía und auf deren Verbindungen zu staatlichen Institutionen öffentlich aufmerksam. Die Reaktion der regionalen Justizbehörden besteht, wie schon so häufig in der Geschichte der Friedensgemeinde, nicht etwa in der Verfolgung der angezeigten Verbrechen der Paramilitärs, sondern in der Verfolgung der Friedensgemeinde wegen Verleumdung. Nachdem die 17. Brigade gegen die Friedensgemeinde wegen der Verletzung ihrer Ehre und ihres guten Namens geklagt hatte, verurteilte ein Kreisgericht in Apartadó den gesetzlichen Repräsentanten G.G. am 5. Oktober 2018 dazu, die veröffentlichte Information über die Tolerierung und die Zusammenarbeit der 17. Brigade mit den paramilitärischen Gruppen in der Serranía de Abibe öffentlich zu widerrufen (Vgl. CdP San José 2018h). Die klientelistische und teilweise illegale Kooperation zwischen den regionalen Justizbehörden, dem Militär und paramilitärischen Gruppen hat durch den Friedensvertrag und -prozess anscheinend keine Zäsur erfahren.

Neben diesen Begegnungen mit staatlichen Institutionen, die eher eine Kontinuität aus Zeiten vor dem Friedensvertrag zu sein scheinen, kam es aber auch zu „Neubegegnungen“ mit ihnen, und zwar in Gestalt der friedenspolitischen Maßnahmen, die in dem Friedensvertrag beschlossen worden sind und die in den „priorisierten Landkreisen des Postkonfliktes“ wie Apartadó zuerst umgesetzt werden sollen. Bei meinem letzten Aufenthalt im Jahr 2017 war allerdings die einzige staatliche Maßnahme, die bereits in der Region angelaufen war, eine Versammlung im Dorfkern von San José de Apartadó, die einberufen wurde, um über die Titulierung des Landes in der Serranía de Abibe zu sprechen. Wie in vielen Konfliktregionen Kolumbiens ist auch in der Serranía, wo nur ein geringer Teil des Landes über offizielle Eigentumstitel verfügen, die Klärung der Landbesitzverhältnisse ein delikates Problem. Die fehlende Titulierung versursachte nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart eine Reihe von Konflikten, die, wie gerade eben beschrieben, bereits in Form von Landbesetzungen und Invasionen ausgetragen werden. Allerdings hatte zu dieser ersten Versammlung nicht eines

der drei mit der Agrarreform beauftragten staatlichen Agenturen eingeladen⁵, sondern das Finanzamt des Landkreises Apartadós. Anstatt über die Titulierung des nicht titulierten Landes zu sprechen, forderten die Finanzbeamte_innen in dieser Versammlung diejenigen Bäuer_innen, die bereits Titel für ihr Land inne haben, aber ihre Steuern nicht bezahlt haben, dazu auf, ihre Steuerschuld zu begleichen, andernfalls drohe ihnen die staatliche Enteignung. Hier zeigt sich einmal mehr das paradoxe Selbstverständnis staatlicher Institutionen in den Konfliktregionen Kolumbiens: Anstatt nach dem Friedensvertrag damit zu beginnen, die Landsituation der Mehrheit der Bäuer_innen zu klären, die keine Landtitel haben, drohen staatliche Institutionen der Minderheit der Bäuer_innen, die bereits Landtitel haben, mit Enteignung und vergrößern damit die Unsicherheit unter den Bewohner_innen der Region. Bei den Gemeindemitgliedern nährt dieses staatliche Agieren nur den Zweifel an den tatsächlichen Zielen und Motiven der bevorstehenden Landtitulierung in der Region. Einerseits glauben sie nicht, dass eine Landtitulierung sinnvoll ist, solange die Serranía de Abibe unter der Kontrolle einer illegalen bewaffneten Gruppe steht. Eine solche Situation biete keine Rechts-sicherheit für die Bäuer_innen, sondern vereinfache den Verlust des Landes und der Landtitel, da ohne eine staatliche Kontrolle der öffentlichen Ordnung die Bäuer_innen zum Verkauf ihres Landes durch paramilitärische Gruppen bzw. deren Strohmänner gezwungen werden könnten. Andererseits befürchten sie, dass die staatliche Landtitulierung paradoxe Weise ein erster Schritt auf dem Weg zur staatlichen Enteignung ist, zumindest von den Ländereien in der Serranía, auf denen mit oder ohne Einverständnis ihrer Besitzer_innen Koka-Pflanzen angebaut werden. Das Enteignungsgesetz (Ley 1708/2014), das die Beschlagnahmung von Privateigentum ermöglicht, das für den Drogenhandel genutzt wird oder aus Einkünften des Drogenhandels hervorgegangen ist, kann offensichtlich nur bei formal tituliertem Land angewendet werden. Darüber hinaus vermuten die Gemeindemitglieder, dass sowohl die Landtitulierung als auch die Enteignung Teile einer größer angelegten staatlichen Strategie sein könnten, um die Kohlevorkommen in der Serranía de Abibe zugänglich zu machen, für dessen Abbau der Staat bereits Konzessionen vergeben hat. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der zunehmenden Landbesetzungen erwarten die Bewohner_innen der Friedensgemeinde, dass sich die Landkonflikte in der Region zukünftig intensivieren werden.

Als eine weitere friedenspolitische Maßnahme, die der Friedensgemeinde zuteil wurde, fand im Juli 2017 in San José de Apartadó eine sogenannte ‚Vergebungsveranstaltung‘ („acto de perdón“) für das Massaker vom 21. Februar 2005 im Weiler Mulatos statt (Siehe hierzu CdP San José 2017f). Diese ‚Vergebungsveranstaltungen‘ wurden bereits während des Verhandlungsprozesses und werden auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages sowohl von der FARC als auch der kolumbianischen Regierung bei besonders emblematischen Verbrechen des kolumbianischen Konfliktes durchgeführt und finden eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Dabei sollen sich die jeweils für das Verbrechen Verantwortlichen den Opfern und Überlebenden stellen, deren Fragen

5 Dazu zählen die ‚Agencia de Desarrollo Rural‘ (ADR), die ‚Agencia Nacional de Tierras‘ (ANT) und die ‚Agencia de Renovación del Territorio‘ (ART).

beantworten und diese um Vergebung bitten. Der Protagonist der ‚Vergebungsveranstaltung‘ anlässlich des Massakers im Weiler Mulatos, das gemeinsam von Paramilitärs und Soldat_innen begangen wurde, war ein ehemaliger Paramilitär des ‚Bloque Héroes de Tolová‘, dessen Auftritt unter den Angehörigen der Opfer einige Irritationen verursachte. So unterschied er scheinbar während des gesamten Aktes die Beteiligung des Militärs an dem Massaker. Auch als die Angehörigen Nachfragen zu den Verbindungen zwischen Paramilitärs und dem Militär stellten, antwortete er entweder gar nicht oder indem er sagte, er könne dazu keine Aussagen machen. Der Eindruck, dass diese Veranstaltung die Verantwortung der staatlichen Institutionen verheimlichen sollte, wurde durch eine Gedenktafel bestätigt, die zur Erinnerung des Massakers während dieser ‚Vergebungsveranstaltung‘ eingeweiht wurde. Auf dieser steht: ‚In Erinnerung an [Namen der Toten], Opfer des Massakers von San José de Apartadó vom 21. Februar 2005 während des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien, durchgeführt von der paramilitärischen Gruppe ‚Bloque Héroes de Tolová‘ (CdP San José 2017f). Dass die an diesem Verbrechen beteiligten staatlichen Institutionen ihre Verantwortung auf einer ‚Vergebungsveranstaltung‘ für dieses Verbrechen negieren und mit der Gedenktafel auf so schamlose Weise Geschichtsfälschung betreiben, ist nicht nur ein Affront für die Angehörigen der Opfer. Für die Bewohner_innen von Konfliktzonen Kolumbiens ist dieses Negieren auch eine wohl bekannte Strategie staatlicher Institutionen, mit ihren vergangenen und gegenwärtigen Verbrechen umzugehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages die bewaffneten Auseinandersetzungen drastisch reduziert haben und es in der Region zu keinen Kampfhandlungen und Gefechten mehr gekommen ist, was für die Bewohner_innen der Zone einerseits ein große Erleichterung, auf Grund der paramilitärischen Präsenz aber andererseits auch beunruhigend ist. Darüber hinaus fällt die vorläufige Bilanz ernüchternd aus. Paramilitärische Gruppen haben die Kontrolle über die öffentliche Ordnung übernommen. Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde, die das öffentlich machen, werden von den regionalen staatlichen Institutionen nicht ernst genommen und nicht geschützt. Politiker_innen machen sich über sie lustig und das Justizsystem verfolgt die Gemeinde, anstatt die Straftaten zu sanktionieren, die gegen diese begangen worden sind. Friedenspolitische Maßnahmen werden nicht im Sinne der Bewohner_innen der Region umgesetzt, sondern zur Verfolgung staatlicher Interessen genutzt. Die Kontaktmomente und insbesondere die Art und Weise, wie staatliche Institutionen den Gemeindemitgliedern in diesen begegnen, haben sich mit dem Friedensvertrag nicht wesentlich geändert und weisen aus der Perspektive der Friedensgemeinde mehr Kontinuitäten als Brüche auf. Die Hoffnung in der Friedensgemeinde, dass sich diese Begegnungen in dem voranschreitenden Friedensprozess noch ändern, sind sehr begrenzt. Aus diesen Gründen herrscht in den Augen vieler Bewohner_innen der Friedensgemeinde der Eindruck, dass ihnen dieser Frieden nicht zugutekommen werde.

Zukunftsaußichten

Indem die meisten staatlichen Institutionen die Erfahrungen der Friedensgemeinde auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags ignorieren und sich über deren

Bedürfnisse hinwegsetzen, handeln sie eigentlich einer Grundidee dieses Vertrages zuwider, die die Santos-Regierung als eine der vielen Errungenschaften dieser Friedensverhandlungen präsentierte. Die Idee eines ‚territorialen Friedens‘, die vom ehemaligen Friedenskommissar Kolumbiens Sergio Jaramillo eingeführt wurde (Jaramillo 2014), räumte den Regionen und Territorien eine zentrale Rolle im Friedensprozess ein. Das Konzept erkannte formal an, dass die aktuelle Verteilung des Landes und die Verarmung der ländlichen Regionen Ursachen des Konfliktes sind und gestand der ländlichen Bevölkerung ein Mitspracherecht bei der Lösung dieser Probleme zu. Man könnte meinen, dass Organisationen, wie die Friedensgemeinde, die auf lokaler Ebene eine Reihe von Antworten auf die regionalen Ursachen des Konfliktes gefunden haben, Erfahrungen zu bieten haben, auf die der Ansatz des ‚territorialen Friedens‘ aufbauen könnte. Zumindest dachte dies auch der Politiker Iván Cepeda, mit dem ich im Jahr 2013 über die Rolle der Friedensgemeinde in einem möglichen Post-Konflikt sprach:

Ich glaube, diese Gemeinden sind die Zukunft. Die Erfahrungen der Friedensgemeinde San José de Apartadó, der Indigenen des Caucás, der Bauern in Montes del María, der bäuerlichen Gemeinden im Valle de Cimitarra, das sind alles Piloterfahrungen für die Konstruktion eines neuen ländlichen Raums in Kolumbien, der Frieden ermöglicht. Ich glaube dort, in diesen Zonen, kann man über die Konstruktion unterschiedlicher Modelle für ein ländliches Kolumbien nachdenken. Mit anderen Worten, Teil der Lösung des kolumbianischen Konfliktes hat mit der Demokratisierung des ländlichen Raums zu tun und mit der gegenseitigen Integration von Stadt und Land. Es gibt eine riesige Kluft zwischen dem Land und der Stadt. Der bewaffnete Konflikt entwickelt sich auf dem Land. Die einzige Nachricht, die die Städte von diesem erhalten, sind die Vertriebenen, die vor der Gewalt in sie fliehen. Deshalb sind diese Herzstücke, wie die Friedensgemeinde oder die Minga Indígena, so wichtig, denn das sind die Räume, in denen sich der Frieden zeigen kann, in denen ein Frieden von den Territorien aus konstruiert wird, in denen der Konflikt stattfindet. (Iván Cepeda – Kongressabgeordneter, 01.08.2013, Bogotá)

Aus der Perspektive der Friedensgemeinde und angesichts ihrer hier geschilderten Erfahrungen aus der Serranía de Abibe ist dieser ‚territoriale Frieden‘ nicht mehr als eine Art Diskurs, dessen Adressat nicht so sehr die ländliche Bevölkerung Kolumbiens, sondern die internationale Gemeinschaft war. Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde haben weder große Hoffnungen in den Friedensprozess gesteckt noch haben sie daran geglaubt, dass sich das Agieren staatlicher Institutionen ihnen gegenüber mit diesem Prozess grundlegend ändern werde. Bemerkenswerterweise, und darin liegt die Kontinuität des Agierens der Friedensgemeinde, machen ihre Bewohner_innen ihr eigenes Handeln nicht abhängig von dem Erfolg oder Misserfolg von Verträgen, die zwischen Delegationen weit ab ihrer eigenen Lebenswelt geschlossen wurden, oder von den zweifelhaften Zielen und Motiven staatlicher Friedensmaßnahmen. Die Friedensgemeinde wartet nicht darauf, dass sich Regierungen oder bewaffnete Akteure für die Verbesserung ihrer Situation einsetzen, was mir die Politikerin Gloria Cuartas bereits im Jahr 2008 erklärte:

Ich glaube, die Friedensgemeinde verkörpert mehr eine Praxis als einen Diskurs. Sie erschaffen diese Praxis aus ihrer eigenen Logik und fordern die politische Verfassung heraus. Während wir, der Rest des Landes, immer noch den Artikel 22 herbeisehn [Art. 22 der kolumbianischen Verfassung: Frieden ist ein Recht und eine Pflicht zwingender Erfüllung.], treibt San José ihn voran. Während wir dabei sind die Möglichkeiten humanitärer Zonen zu diskutieren, richtet San José sie ein. Mit anderen Worten, die Friedensgemeinde nimmt die politische und verfassungsrechtliche Theorie, und durchläuft eine soziale Emanzipation ausgehend von ihrer Praxis. (Gloria Cuartas, 15.05.2008, Bogotá)

Diese Charakterisierung der Friedensgemeinde korrespondiert mit der Einschätzung ihrer Bewohner_innen, welche die Bauern A.T. und G.T. zum Ausdruck brachten, als ich sie danach fragte, wie die Friedensverhandlungen und -maßnahmen das Agieren der Friedengemeinde in der Zukunft beeinflussen könnte:

Wir haben ja klar definiert, wohin wir wollen, und das ist hin zur Konstruktion einer menschlicheren Welt. Und die konstruiert man jeden Tag, die konstruiert man in Gemeinschaft und ohne auf ein Morgen zu warten. Wir warten nicht darauf, dass uns irgendjemand in der Welt die Stunde null des Friedens erklärt, oder dass dieser ab morgen oder in fünf oder vier oder drei Stunden losgeht. Das ist ja nicht der Beginn eines neuen Jahres, bei dem irgendjemand die Zeit herunterzählt. Der Kompromiss der Gemeinde ist es, an diesem Frieden jeden Tag zu arbeiten. Und in der Gemeinde spürt man dieses Bestreben, man spürt ein internes Ambiente, das nicht warten will, sondern ihn jeden Tag konstruiert, gemeinschaftlich, solidarisch, in Arbeitsgruppen, in verschiedenen Komitees, bei den Jugendlichen und Alten, in jedem Arbeitsbereich konstruieren die Leute diese Welt. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Wir sind den [Friedensverhandlungen] bereits voraus. Wir haben 16 Jahre Vorsprung, wir sind schon weit weg. Wir wollen diese Art paramilitarisierter Gesellschaft nicht, wir wollen auch nicht deren Art von Ökonomie. Wir sind davon weit entfernt. Die Friedensgemeinde steht für Solidarität und gegenseitige Hilfe, aber nicht in der Theorie, sondern ausgehend von der Praxis. Ich glaube, die Friedensgemeinde zeigt, dass es möglich ist, sich zum Wohle aller zu organisieren. Ob es das Land betrifft oder das Vieh, was auch immer. Wenn ich das vergleiche mit dem, was ich von dem Verhandlungstisch mitbekomme, dann denke ich, wir sind dem voraus. Wir gehen vorweg. Zum Beispiel mit dem Land, ein Thema, das sie dort besprechen, diese Arbeit haben wir mit unseren Leuten schon hinter uns. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das Land hier am besten geschützt ist, wenn es zu kollektivem Eigentum erklärt wird. Jetzt hört man, dass auch am Verhandlungstisch über kollektive Landtitel gesprochen wird, über die Zonas de Reservas Campesinas und was weiß ich. Das Thema haben wir hier in der Friedensgemeinde bereits bearbeitet. Und jetzt kommen sie damit um die Ecke. Mmh, vielleicht wollen sie die Gemeinde ja kopieren? [lacht] (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Die Emanzipation der Friedensgemeinde von ihrem gewaltigen Umfeld spiegelt sich in dem Gefühl der Gemeindemitglieder, sich immer weiter von den staatlichen Insti-

tutionen, den bewaffneten Akteuren, aber auch von dem Teil der kolumbianischen Gesellschaft zu entfernen, die eine friedliche Vision des Zusammenlebens nicht teilen. Sie warten nicht auf die staatlichen Institutionen oder bewaffneten Akteure, sondern arbeiten bereits seit geraumer Zeit an einem friedlicheren Zusammenleben.

Den aktuellen Friedensprozess erfährt die Friedensgemeinde als eine Fortsetzung ihrer historischen Erfahrungen. Unabhängig von den Inhalten konkreter politischer Maßnahmen unterscheiden sich die Formen der Begegnungen mit staatlichen Institutionen seit der Vertragsunterschrift nicht grundlegend von denen vor dem Friedensvertrag. Das Agieren der staatlichen Institutionen scheint im Übergang von einer Politik des Konfliktes zu einer Politik des Friedens mehr Kontinuitäten als Brüche aufzuweisen – der ‚klientelisierte Staat‘ handelt weiterhin im privaten Interesse seiner Klientel. Hinsichtlich der Formen des ‚Sich-In-Beziehung-Setzens‘ zwischen staatlichen Institutionen und der Friedensgemeinde ist für die Gemeindemitglieder dieser Frieden bisher eine Fortsetzung des Konfliktes, mit etwas friedlicheren Mitteln.

5.2. Resümee paradocher Begegnungen

Die vorliegende Arbeit hatte sich das Ziel gesetzt, a) die historische Entwicklung staatlicher Institutionen in der kolumbianischen Konfliktregion Urabá nachzuzeichnen, um ein möglichst konkretes Bild davon zu skizzieren, wie staatliche Institutionen in einer solchen Region präsent sein können (2. Kapitel); b) die Entstehung, Funktion und Entwicklung der Friedensgemeinde San José de Apartadó zu beschreiben, um eine Vorstellung davon zu vermitteln, welche Handlungsmöglichkeiten zivile Personen in solchen Regionen haben (3. Kapitel); und c) die Begegnungen dieser staatlichen Institutionen und der Friedensgemeinde zu analysieren, um zu zeigen, wie diese sich selbst, sich gegenseitig und ihre jeweilige soziale Lebenswelt in den Momenten des Kontaktes produzieren (4. Kapitel). Diesem Erkenntnisinteresse bin ich anhand von ausführlichen Interviewauszügen und rekonstruierten Lebensgeschichten der Bewohner_innen der Friedensgemeinde San José de Apartadós sowie ethnographischen Vignetten und ‚dichten‘ Beschreibungen ihrer Erfahrungen und Begegnungen mit staatlichen Institutionen nachgegangen. Am Ende eines jeden Kapitels habe ich die jeweiligen Erkenntnisse in einer Synopse theoretisch eingebettet und diskutiert. Ich werde die Ergebnisse dieser Kapitel im Folgenden zusammenfassen und abschließend deren Implikationen für das Verständnis der Präsenz staatlicher Institutionen in den Konfliktregionen Kolumbiens und für die anthropologische Staatlichkeit- bzw. Friedensforschung diskutieren.

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit habe ich die regionale Geschichte des Urabás und die lokale Geschichte des Dorfes San José de Apartadó ausgehend von der Region und aus der Perspektive ihrer Bewohner_innen rekonstruiert. Diese Rekonstruktion hat gezeigt, dass es sich beim Urabá um eine Region handelt, in die zu verschiedenen Zeitpunkten Bevölkerungsgruppen mit sehr heterogenen sozio-kulturellen Hintergründen und mit sehr unterschiedlichen Lebensentwürfen kamen, in der verschiedene und wechselnde legale und illegale Akteure eine öffentliche Ordnung und Kontrolle häufig unter Anwendung von Gewalt ausübten, und in der die Bewohner_innen in der diachronen Perspektive eine Reihe von Strategien und Praktiken entwickelten, um